

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Auf seinem Gipfeltreffen in Brüssel bekräftigte der Europäische Rat im Dezember 2003 noch einmal die Ziele und Etappen der Beitrittspolitik Rumäniens: Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2004, Unterzeichnung des Beitrittsvertrags im Jahre 2005 und der tatsächliche Beitritt zur EU im Jahre 2007. Seit Anfang des Jahres 2004 setzte die rumänische Regierung auf eine Beschleunigung und klare Terminbindung, der für den Beitritt erforderlichen Maßnahmen, aber auch auf die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner, sowie der Zivilgesellschaft in den Verhandlungsprozess. Mit 25 von insgesamt 31 vorläufig geschlossenen Verhandlungskapiteln steht Rumänien unter Zeitdruck, vor allem nachdem Bulgarien im Juni 2004 seine Verhandlungen mit der EU zu einem guten Ende gebracht hat. Zwar konnte Rumänien die Verhandlungen über so schwierige Kapitel wie Landwirtschaft oder Energie abschließen, verhandelt aber noch zu Beginn der Präsidentschaft der Niederlande über sechs Kapitel: Niederlassungsfreiheit für Dienstleistungsunternehmen, Wettbewerbspolitik, Regionalpolitik, Umweltpolitik, Justiz und Inneres sowie „Verschiedenes“. Schwierig gestalten sich vor allem die Gespräche über Justiz- und Umweltfragen: Nicht zuletzt wegen der hohen Umsetzungskosten der EU-Standards im Umweltbereich (Energiegewinnung, Bergbau, chemische und petrochemische sowie Stahlindustrie) bemüht Rumänien sich bei den Verhandlungen um längere Übergangsfristen.

Die rumänische Regierung sowie führende Vertreter der EU-Kommission gehen dennoch davon aus, dass die Regierung in Bukarest die Verhandlungen über die noch ausstehenden Kapitel bis Ende des Jahres 2004 oder spätestens Anfang 2005 abschließen wird.¹ Die Arbeit am gemeinsamen Beitrittsvertrag Rumäniens und Bulgariens zur EU hat am 1. Juli 2004 begonnen. Als positives Signal für die Ernsthaftigkeit der Unterstützung der EU für den Beitrittsfahrplan Rumäniens (und Bulgariens) war auch die im Februar 2004 erfolgte Bewilligung eines EU-Finanzpakets in Höhe von insgesamt 15,8 Mrd. Euro für Rumänien und Bulgarien für den Zeitraum 2007-2009 gewertet worden. Der Beitrag Rumäniens zum Finanzhaushalt der EU wird mit jährlich zwischen 800 und 900 Millionen Euro in diesem Zeitintervall erheblich niedriger ausfallen als die vorgesehenen Fördergelder.²

2003 noch keine funktionierende Marktwirtschaft

Der am 5. November 2003 veröffentlichte Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission bescheinigte Rumänien zwar auch weiterhin die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen. Die von der rumänischen Regierung erhoffte Verleihung des marktwirtschaftlichen Gütesiegels blieb dem Land jedoch weiterhin verwehrt. Rumänien, so der

1 Jonathan Scheele, der Vorsitzende der EU-Vertretung in Rumänien, in: Ziuu., 23.06.2004; Pieter-Jan Wolthers, Botschafter der Niederlande in Rumänien: Das wäre keine Tragödie, in: Andreea Bratosin, Președinția olandeză a UE are toată bunăvoința de a încheia negocierile cu România până la sfârșitul anului, in: Adevărul, 06.07. 2004.

2 Radu Șerban: Uniunea Europeană – perspective financiare 2007-2013 (Die Europäische Union – finanzielle Aussichten 2007-2013), in: Tribuna Economică Nr. 11, 17.03.2004; Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 12. und 13.02.2004; Capital Nr. 8, 19.02.2004.

Kommissionsbericht, könne erst dann als funktionierende Marktwirtschaft eingestuft werden, wenn die bereits erzielten Reformfortschritte weitergeführt würden. Der Bericht mahnt verstärkte Anstrengungen im Bereich von Verwaltung und Justiz sowie bei der Bekämpfung der Korruption an.

An der makroökonomischen Entwicklung liegt es sicherlich nicht, wenn Rumänien die Einstufung als funktionierende Marktwirtschaft bisher verfehlt hat.³ In der zweiten Jahreshälfte 2003 setzte sich der seit 2000 andauernde Wachstumstrend der rumänischen Wirtschaft mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 4,9% fort.⁴ Die Industrie wuchs mit 3,2% im Jahre 2003 allerdings langsamer als im vorausgegangenen Jahr, die Investitionen nahmen inflationsbereinigt um 8,5% zu. Im ersten Trimester des laufenden Jahres 2004 lag das Wachstum zwischen 5,3 und 5,4% des BIP.⁵ Insbesondere die verbesserte Kaufkraft, eine sich wandelnde Konsummentalität und günstige Kreditkonditionen führten 2004 zu einem Anstieg des privaten Verbrauchs um geschätzte 6,6%. Dies wiederum war einer der Gründe für die überproportionale Zunahme der rumänischen Einfuhren im Jahre 2003. Diese waren 2003 um 34,4 % gestiegen, die Ausfuhren nur um 27,0%. In die EU gingen 67,7% aller rumänischen Exporte (2002: 67,1%), die Importe kamen zu 57,7% aus der EU (2002: 58,3%). Der Anstieg der Importe hatte 2003 den Anstieg des Handelsbilanzsaldos von -5,7 (2002) auf -8,0% und des Leistungsbilanzsaldos von -3,4% (2002) auf -5,9% (2003) zur Folge.⁶ Die Notenbank behielt jedoch die Kontrolle über die Geldmenge und auch das Defizit des Staatshaushalts blieb mit 2,4% des BIP unter dem vom IWF gesetzten Limit von 2,7%. Es wurde zu zwei Dritteln durch die Aufnahme neuer Auslandskredite in Höhe von 3,1 Milliarden US-Dollar finanziert. Dennoch liegt die Auslandsverschuldung Rumäniens mit 21,4% BIP-Prozent (2002: 21,2% BIP-Prozent) und 797 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung um ein Vielfaches unter den in den anderen Transformationsstaaten erzielten Werten.⁷

Positiv auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes wirkten sich 2003 die ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar aus – das bedeutete einen Anstieg von 37,6% gegenüber dem Vorjahr.⁸ Sie überstiegen damit erstmals die Marge von insgesamt über 10 Milliarden Dollar. Im regionalen Vergleich lagen die Pro-Kopf-Direktinvestitionen in Rumänien im abgelaufenen Jahr allerdings nach Kroatien, Bulgarien und sogar Serbien-Montenegro erst auf dem 4. Platz.⁹ Einen zunehmend wichtigen Wirtschaftsfaktor stellen die Rücküberweisungen rumänischer Arbeitnehmer – seit dem 1. Januar 2002 waren es insgesamt 6 Milliarden Euro (jährlich zwischen 2,45 und 3% des BIP).¹⁰ Die Arbeitslosenquote lag

3 Tatsächlich waren die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren Rumäniens (Wachstum, Inflation, Arbeitslosigkeit) – so die unabhängige Rumänische Akademische Gesellschaft (Societatea Academică Română) im Jahre 2003 nicht schlechter als diejenigen Polens, Tschechiens und Ungarns im Jahre 1997, jenem Jahr also, als ihnen der Status einer funktionierenden Marktwirtschaft seitens der EU-Kommission zuerkannt wurde. Siehe hierzu Ioana Speteanu, Mingea aderării se află în terenul României (Der Ball des Beitritts befindet sich in der Spielhälfte Rumäniens), in: Capital Nr. 18, 29.04.2004.

4 IMF Reviews Romania's Performance Under Past Fund-Supported Programs, in: IMF Public Information Notice (PIN) Nr. 04/44, 23.04. 2004. <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0444/htm>

5 Ziuu, 13.05.2004.

6 IMF Reviews Romania's Performance Under Past Fund-Supported Programs, in IMF Public Information Notice (PIN) Nr. 04/44, 23.04. 2004. <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0444/htm>, Ziuu, 13.05. 2004.

7 Mihaela Alina Burada: Datoria externă a României și a altor țări est-europene (Die Auslandsschulden Rumäniens und anderer osteuropäischer Staaten), in: Tribuna Economică Nr. 15, 14.04. 2004.

8 F.A.Z. Institut, Länderanalyse Rumänien, Dezember 2003, S. 15.

9 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 24.02.2004, nach Schätzungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsforschungen.

im Jahre 2003 bei 7,2%, im laufenden Jahr wird mit einer Quote von 6,5% gerechnet.¹¹ Im Oktober 2003 konnte Rumänien erstmals seit 1991 ein Beistandsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds erfolgreich abschließen und wird seine Zusammenarbeit mit dem IWF fortan lockern.¹² Die im Jahre 2003 registrierte Inflationsrate von 14,1% im Jahre 2003 soll im Rahmen einer weiteren im Juli 2004 mit dem IWF unterzeichneten zweijährigen präventiven Übereinkunft auf 6% im Jahre 2005 und 4% im Jahre 2004 gesenkt werden.¹³

Stolperstein auf dem Weg in die EU war jahrelang die lahrende Privatisierung von Staatsunternehmen. Dieser Prozess ist nun im Wesentlichen abgeschlossen. Dank der Fortschritte bei der Umsetzung der im Wettbewerbskapitel vorgesehenen Anpassungsmaßnahmen; sowie der erfolgreichen Privatisierungsmaßnahmen im Energiebereich beim Übergang der Nationalen Erdölgesellschaft Petrom an die österreichische Gruppe OMV und bei der Privatisierung zweier regionaler Strom-Vertriebsgesellschaften durch die italienische ENEL-Gruppe haben sich die Chancen Rumäniens verbessert, im nächsten Fortschrittsbericht der EU das Prädikat einer funktionierenden Marktwirtschaft zugesprochen zu bekommen. Zwischen 1992 und April 2004 wurden insgesamt 10.702 Objekte in Privatbesitz übertragen. Zurzeit befinden sich nur noch 30 Objekte in der Hand der Privatisierungsbehörde, 396 Gesellschaften wurden als nicht privatisierbar erklärt und sollen liquidiert werden.¹⁴ In Übereinstimmung mit der EU-Kommission wurden Maßnahmen zur Entschuldung von 72 Betrieben, die sich im Privatisierungsprozess befinden, beschlossen.

Kritik vom Europaparlament, Unterstützung von Kommission und Mitgliedsländern

Auch in diesem Jahr sah sich Rumänien heftiger Kritik aus den Reihen des Europaparlaments ausgesetzt. Vor allem Abgeordnete christdemokratischer und liberaler Parteien äußerten Vorbehalte gegen einen baldigen Beitritt Rumäniens und forderten eine Suspendierung der Beitrittsverhandlungen. Der Außenpolitische Ausschuss des Europaparlaments rügte die immer noch nicht eingedämmte Korruption, das Fehlen einer völlig unabhängigen Justiz und Verstöße gegen die Pressefreiheit.¹⁵ Zwar sicherte die EU-Kommission Rumänien (wie auch Bulgarien) weiterhin ihre Unterstützung bei der Überwindung ihrer „systembedingten Schwierigkeiten“ zu und bekräftigte die Zusage eines gemeinsamen Beitritts im Jahre 2007.¹⁶ Es gab aber auch Kritik der Kommission an der Regierung in Bukarest, die sich deswegen zwei Mal innerhalb weniger Monate genötigt sah, umstrittene Minister aus der Schusslinie nehmen musste: Im November 2003 wurde die für die europäische Integration zuständige Ministerin Hildegard Puwak durch den bisherigen Staatssekretär im Innenministerium Alexandru Fărcaș ersetzt, im März 2004 trat der bisherige Staatssekretär im Außenministerium Cristian Diaconescu an die Stelle der umstrittenen Justizministerin Rodica Stănoiu. Auch versucht die Regierung glaubhaft zu machen, dass ihre Antikorruptionskampagne erfolgreich verlaufe. In einem Zeitungsaufsatz verwies Premierminister Adrian Năstase darauf, dass die neu geschaffene Nationale Antikorruptions-Staatsanwaltschaft bereits in 1.514 Fällen ermittelt und in 146 Fällen Anklage erhoben habe.

11 IMF Reviews Romania's Performance under Past Fund-Supported Programs, in IMF Public Information Notice (PIN) Nr. 04/44, 23.04. 2004, <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0444/htm>.

12 C.K., Der Währungsfonds unterstützt Rumäniens Weg nach Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.08.2004.

13 C.K., Der Währungsfonds unterstützt Rumäniens Weg nach Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.08.2004.

14 Privatisierungsbehörde APAPS zieht Bilanz, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 06.05.2004.

15 *Uniting Europe* Nr. 265, 25.02.2004, S. 1.

16 Rede Günter Verheugens im Rahmen der Konferenz „Harnessing the Power of EU Enlargement“, Brüssel, 13.03.2004.<http://www.gov.ro>.

Eine Antikorruptions-Hotline sei eingerichtet worden. Im Jahre 2003 sind allein über 1.000 leitende öffentliche Vertreter wegen Korruptionsverdacht vernommen worden. Leitende Angestellte des öffentlichen Dienstes seien verpflichtet, ihren Besitz im Internet offenzulegen, staatliche Ausschreibungen fänden ausschließlich im Online-Betrieb statt.¹⁷ Nach landesweiten Untersuchungen im Bereich der Polizei wurden zwischen 2001 und 2003 mehr als 4.000 korrupte Polizisten ihres Postens enthoben. Nach Meinung von Erweiterungskommissar Günter Verheugen sind darunter allerdings immer noch zu wenig „große Fische“.

Rumänien im transatlantischen Interessenkonflikt

Rumänien war im abgelaufenen Jahr mit den Auswirkungen der 2002 eingetretenen transatlantischen Klimaverschlechterung konfrontiert. Die Unterzeichnung des bilateralen Immunitätsvertrags mit den USA über die Nichtauslieferung von US-Bürgern an den Internationalen Strafgerichtshof und die Unterstützung Rumäniens für das Eingreifen der USA im Irak hatte dem Verhältnis zu den Staaten der Antikriegskoalition innerhalb der EU erheblichen Schaden zugefügt. Neben prinzipiellen politischen Positionen ging es auch um die Kollision von Wirtschaftsinteressen von USA und EU, zwischen denen Rumänien – ebenso wie alle anderen neuen Mitgliedstaaten von NATO und EU – lavieren musste. Schließlich konnten mit der US-Firma Boeing getätigte Flugzeugkäufe mit dem Erwerb von Maschinen der EU-Marke Airbus aufgewogen und der mit dem Bechtel-Konzern (regelwidrig, da ohne öffentliche Ausschreibung) vereinbarte Bau einer Autobahntrasse quer durch Siebenbürgen nach Brasov (Kronstadt) mit der Vergabe eines weiteren Teilstücks an Firmen aus EU-Staaten kompensiert werden.¹⁸

Seit seinem NATO-Beitritt im April 2004 hat Rumänien im Irak-Konflikt jedoch stärker als zuvor gemeinsame außenpolitische Positionen mit der EU bezogen. So zieht Bukarest seine Truppen zwar nicht aus dem Irak zurück, stockt sie aber auch nicht auf und besteht – seit dem 1. Januar 2004 auch als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – gemeinsam mit den europäischen Partnern noch dezidierter als bisher auf eine Vermittlungslösung durch die Vereinten Nationen. Bei der Adoption rumänischer Kinder widersetzte sich die Regierung in Bukarest den heftigen Versuchen der Einflussnahme offizieller US-amerikanischer Vertreter. Man sei entschlossen, sich bei der Gestaltung der zukünftigen Adoptionspraxis ausschließlich entsprechend den Leitlinien der EU auszurichten. Rumänien, so Außenminister Mircea Geoană, werde sich in dieser Frage ausschließlich nach den Empfehlungen der unabhängigen Expertengruppe der EU-Kommission richten, deren Unterstützung man angefordert habe.¹⁹

2004 ist in Rumänien Wahljahr: Am 6. Juni fanden Kommunalwahlen statt, am 28. November Parlamentswahlen und der erste Wahlgang der Direktwahl für das Amt des Staatspräsidenten. In der zunehmend aufgeheizten politischen Atmosphäre fällt es der Regierung schwer, sich in den Augen der Öffentlichkeit von dem Verdacht zu befreien, die EU-Integration des Landes aus Gründen des politischen und wirtschaftlichen Eigeninteresses zu betreiben. Die Regierung wiederum wirft ihren politischen Konkurrenten sowie der Presse vor, das nationale Interesse der EU-Integration Rumäniens durch ihre Kritik an der offiziellen Integrationspolitik zu gefährden.

17 Adrian Năstase, Zero Tolerance: Romanian Cracks Down on Graft, in: The Wall Street Journal, 06.04.2004.

18 Siehe u.a. Ilie Șerbănescu, România în ping-pong transatlantic (Rumänien și Europa, și SUA, România face două autostrăzi (Um sowohl Europa als auch die USA zufriedenzustellen, baut Rumänien zwei Autobahnen), in: Capital nr. 7, 12.02.2004.

19 Ana Dinescu: 22 de kongresmeni americani critică Legea adopțiilor (22 amerikanische Kongressmitglieder kritisieren das Adoptionsgesetz), in: Ziua, 29.04.2004.